

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postschekkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 48.

Montag, 26. Februar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für März 1923.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 200.— Mark; getrauben- und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 40.— Mark. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Besetzungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa.  
Geschäftskette: Gutzkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnert, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

## Die Marokkaner in Rönigswinter.

Sonntag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr wurde Rönigswinter von den Franzosen besetzt, und zwar durch Marokkaner. Von Oberkassel her kamen etwa 40 Mann Kavallerie und 60 Mann Infanterie; gleichzeitig landete der Dampfer „Rheinland“ und brachte noch etwa 100 Mann. Sie besetzten das Rathaus, das Postamt und die Anlagen zum Bahnhof. Der Bürgermeister protestierte gegen die Besetzung des neutralen Ortes. Nach 5 1/2 Uhr zog sich die Kavallerie wieder nach Oberkassel zurück.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Der zum Direktionsbezirk Frankfurt a. M. gehörende Bahnhof Emsburg-Station ist Sonntag früh um 8 Uhr von den Franzosen besetzt worden. Eingriffe in den dortigen Eisenbahnbetrieb sind bisher nicht erfolgt.

Die Bahnhöfe Wanne und Reddinghausen, die Sonntags von den Franzosen besetzt worden sind, sind wieder frei. Die Franzosen haben bei ihrem Abzug 14 Lokomotiven, 40 Personenwagen, 48 Packwagen und 160 mit Kohlen und Eisen beladene Güterwagen weggelassen. In Bradel wurde von den Franzosen von Sonnabend abend 7 Uhr bis Sonntag früh 7 Uhr der gesamte Eisenbahnverkehr gesperrt. Eine Begründung für diese Maßnahme liegt nicht vor.

Aus Essen wird gemeldet: Die französische Wache im Hauptbahnhof Essen ist zurückgezogen worden. Die Franzosen haben die Durchfuhr der Kohlenzüge für Holland durch die Station Dorsfen verboten. Der Beigeordnete der Stadt Essen, Holsboeck, wurde Sonntag früh zusammen mit seiner Frau von den Franzosen ohne Angabe von Gründen verhaftet. Hierzu wird noch gemeldet: Sonntag früh wurde das Haus des Beigeordneten Holsboeck von etwa 30 Soldaten umstellt. Die Leute drangen mit Gewalt durch die Hintertür ein und erklärten Frau Holsboeck für verhaftet. Der Grund der Verhaftung ist folgender: Seit mehr als 14 Tagen versuchen die Franzosen mehrfach, in das Haus des Beigeordneten einzudringen, um an dem Telefongehänge auf dem Dach zu arbeiten. Trotz ständiger Drohungen und ausgeübten Bedrohungen verweigerte Frau Holsboeck den Eintritt, bis Sonntag die Franzosen sich den Weg ins Haus gewaltsam bahnten. Der Beigeordnete Holsboeck verlangte, seine Gattin ins Gefängnis begleiten zu dürfen, was nach wiederholter Weigerung gestattet wurde. In Erbedien wurde nach Aufnahme eines Protokolls erklärt: „Die Dame kann gehen; der Herr bleibt hier.“ Beigeordneter Holsboeck wurde darauf zunächst in das Bedeneger Rathaus und von dort nach dem Justizhaus in Werden gebracht, wo neuerdings Räume für die Franzosen freigemacht worden sind. — Die Franzosen gehen nunmehr auch dazu über, Straßenbahnwagen anzuhaken und von den Fahrgästen Ausweise zu verlangen, bzw. alle diejenigen zu verhaften, die größerer Gepäck mit sich führen. So wurde Sonnabend abend zwischen 10 und 11 Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 16 in Essen von einem französischen Kommando mit angelegtem Seitengewehr, das aus einem Offizier, einem Unteroffizier und zwei Mann bestand, angehalten. Die Fahrgäste mußten ihre Ausweise vorzeigen, und mehrere Damen und Herren, die größeren Handgepäck bei sich führten, wurden zur Wache gebracht.

In der vorletzten Nacht wurde in Bernie ein Arbeiter, der 20 000 Mark bei sich führte, von drei französischen Soldaten überfallen und vollständig ausgeplündert.

Vom Bahnhof Frintrop haben die Franzosen u. a. 16 Lokomotiven, 1 Personenzug mit 9 Wagen, 88 Wagen mit Kohlen und Holz und 4 mit Brillen, sowie viele andere Wagen mit Grubenholz, Brettern, Lohr usw. abgeschleppt. Außerdem haben sie aus den Werkstätten alle Handwerkzeuge und Geräte herausgeholt und die Schränke der Arbeiter zertrümmert. Beamte und Arbeiter haben in größerer Zahl, teilweise mit zweifelhafter Frist ihre Wohnungen verlassen müssen. Die Besetzung des Verschiebebahnhofs Essen-Frintrop erfolgte mit einem Aufwand von acht Tausend und mehreren Maschinengewehren. Sämtliche Straßenzüge wurden abgesperrt. Eine große Anzahl Truppen wurde mit einem besonderen Militärzug aus Oberhausen herangeführt. Soweit festgesetzt werden konnte, sind sechs Büge, ein Getriebewagen und 130 Waggons Kohlen weggenommen worden. Die Güterschuppen wurden erbrochen und Säckgut in großen Mengen fortgeführt. Ein Waggon mit Mehl wurde geplündert. Die Betriebsrichtungen wurden kurz und klein geschlagen und die Eisenbahner von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr festgehalten. Die Arbeiterschaft durfte sich nicht umziehen und wurde in der Arbeitskleidung nach Hause gelockt. Einzelne Arbeiter, die ausbrachen, wurden eingesperrt und zwei Stunden lang an die Wand gestellt. Die Eisenbahnernormen wurden entwendet und von den Franzosen angezogen.

Der Oberbürgermeister und ein Teil der Stadtverordneten von Bochum sind wieder aus freiem Fuß gelöst worden. Die übrigen verhafteten Stadtverordneten befinden sich noch in französischem Gewahrsam.

Wie W. L. B. erfährt, beschlagnahmten die Franzosen Sonnabend vormittag in dem Schnellzug Berlin-Köln D 38 einen großen Geldtransport der Reichsbank in Höhe von 12 1/2 Milliarden Papiermark mit den dazu gehörigen Druckplatten auf dem Bahnhof Hengstl.

General Degoutte hat eine neue Verordnung erlassen, durch die das Verbotswesen vollständig unter Aufsicht der Militärbehörden gestellt wird.

Der holländische Dampfer „Gastia“ wurde Freitag nachmittag, als er in den Mannheimer Hafen einlief, von einem französischen Zollboot durchsucht und ihm die Schiffspapiere abgenommen. Nach etwa einer Stunde erschien, wie der Mannheimer Generalanzeiger mittelt, das französische Zollboot im Hafen von Rühlau und kaperte einen holländischen Dampfer, der mit französischen Mannschaften besetzt war. Der Kapitän legte Bewahrung ein. Dazwischenzwang die Franzosen das Kabinenmitglied „Richard“.

mit 144 Tonnen Wein aus dem Rheingau beladen war, nach Ludwigshafen ab.

Das französische Ministerium des Auswärtigen demontiert durch Davas die Nachricht, daß die französische Regierung beabsichtige, Mannheim zu besetzen.

### Urteile des französischen Kriegsgerichts in Mainz.

Oberbahnmeister Johann Schäler aus Gensungen hatte sich vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu verantworten, weil er Eisenbahnarbeiter am Tage des Beginns des Eisenbahnstreiks zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert und den Befehl erteilt haben soll, vier Telefonbrücken zwischen dem Bahnhof Gensungen und Wüdesheim zu durchschneiden. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Vorgänge, wurde aber trotzdem zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem hatten sich weitere neun Eisenbahnbeamte und der Direktor der Filiale der Distrikto-Gesellschaft in Wüdesheim Volpert zu verantworten, weil sie 50 Millionen Mark Gehälter und Löhne für die streikenden Eisenbahner ausbezahlt und den Streik dadurch begünstigt haben sollen. Acht Beamte erhielten je drei Monate und der neunste 20 Tage Gefängnis; Direktor Volpert wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens, wobei es sich um die Auszahlung von 200 Millionen Mark handelte, wurden verurteilt der Direktor der Reichsbankfiliale Trier August Viel zu zwei Monaten, der Bahnhofskassierer Johann Langenbach und Lokomotivführer Joseph Giesfeld aus Gerolstein zu sechs Monaten und der Hotelier Jakob Freisch aus Gerolstein, der das Auto zum Transport der Gelder zur Verfügung gestellt hatte, zu einem Monat Gefängnis.

### Gewalttätiges Auftreten eines französischen Offiziers.

Aus Offenbach wird gemeldet: Ueber folgenden Vorfall herrscht unter der Bevölkerung große Empörung: Der Adjutant des Chefs der französischen Besatzung Vergeade, der in einer Privatwohnung einquartiert war, vermisste dieser Tage seinen Kompass. Er erfuhr zufällig, daß während seiner Abwesenheit ein Arbeiter in seinem Zimmer etwas ausgehört hatte. Darauf begab er sich an die Arbeitsstätte des Mannes, erklärte ihn für verhaftet und führte ihn auf das Zimmer. Dort stellte er ihn in eine Ecke, hielt ihm den Revolver auf die Brust und verlangte von ihm, indem er ihn des Diebstahls beschuldigte, die sofortige Herausgabe des Kompasses. Als der Arbeiter seine Unschuld beteuerte, ließ ihn der Offizier eine Stunde lang in der Ecke stehen. Darauf schickte er ihn mit der Weisung fort, innerhalb einer halben Stunde den Kompass wieder herbeizuführen, andernfalls er verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt würde. Am anderen Tage stellte sich heraus, daß ein 12-jähriger Knabe zufällig in das Zimmer gekommen war und den Diebstahl ausgeführt hatte. Der Oberbürgermeister hat wegen dieses Vorfalles beim Kommandeur Protest erhoben, die Verhaftung des Täters und Genugtuung für den vergewaltigten Arbeiter verlangt.

Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ erörtert in einem Bericht aus Elberfeld das Auftreten der französischen Offiziere gegenüber der Bevölkerung im Ruhrgebiet. Er sagt, unter den französischen Offizieren seien ihrer Leute von guter Erziehung und tadellosem Benehmen, aber es seien auch andere Typen vorhanden, die gegenwärtig das freundliche Rheinland und das fleckige Ruhrgebiet zu einer Strafkolonie schlimmerer Sorte verwandelt. Der Korrespondent führt einige Fälle an, die anmaßend und herausforderndes Auftretens französischer Offiziere an, die an und für sich nicht weiter bedeutungsvoll, doch bedauerlich seien. Englische, amerikanische, schwedische und schweizerische Journalisten hätten dieselben Eindrücke wie er, der Korrespondent, bekommen.

### Ein holländischer Korrespondent über die Ruhraktion.

Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ schreibt aus Elberfeld: Das Ruhrgebiet liegt vollständig unter französischer Besatzung, und Frankreich wäre jetzt nach etwa sechs Wochen tatsächlich inkantide, in begreiflich kurzer Zeit alle Kohlenmengen nach dem eigenen Lande zu transportieren. Aber wo sind die vielen zehntausende von Arbeitern, die diese Kohlen verladen müßten? Wenn Frankreich nicht alle Ruhrarbeiter verbannen und durch französische, polnische und eventuell schwarze Arbeiter ersetzen will, was natürlich vollkommen unmöglich ist, und unmittelbar zum Bolschewismus führen würde, wird es solche im Ruhrgebiet nicht finden; sicher nicht mehr, seitdem Frankreich seine Politik geändert hat und mit Heiligkeit und Bewehrtheit seine Wut an der Bevölkerung fühlen zu müssen glaubt. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Ruhraktion bis heute einen vollkommenen Mißerfolg darstellt und zwar durch Frankreichs Schuld. Weiter bemerkt der Korrespondent: Die größte Unzumutung, die die Franzosen in den letzten Tagen begangen haben, sei die Verbannung des Düsseldorfener Regierungspräsidenten, des Sozialdemokraten Wagner gewesen, der in der Arbeiterwelt gewaltige Sympathien genieße. Diese Verbannung sei das Signal für eine sehr kräftige Fortsetzung des passiven Widerstandes durch hunderttausende von Arbeitern und Beamten gewesen. Der Korrespondent glaubt, daß Frankreichs Hoffnung auf baldige Erschöpfung der Fähigkeit Deutschlands, die Arbeitslosen zu unterstützen, ebenfalls zu einer Enttäuschung führen werde und sagt weiter: Ich glaube, daß Frankreich sich auch irrt, wenn es glaubt, daß bei den deutschen Arbeitern die Liebe nur durch den Hunger geht und daß ihre politischen Anschauungen sich ändern werden, wenn die Löhne sinken und die Ernährung sich verschlechtert. Sollte Frankreich auf diese Möglichkeit spekulieren wollen, dann hätte es seine „dritte Periode“, die des Terrors (der tatsächlich kräftig einzusetzen beginnt) vermeiden müssen.

## Eine Vermittlungssaktion?

Die „Chicago Tribune“ bringt aus Berlin eine Meldung über eine unmittelbar bevorstehende Vermittlungssaktion einer neutralen Macht, über einen wahrscheinlichen Wechsel in der Berliner offiziellen Meinung während der letzten 48 Stunden und über eine Kabinettkrise. Das Blatt nennt als angeblichen Vermittler einen holländischen Staatsmann und als Kandidaten für ein neues deutsches Kabinett mehrere Namen zur Auswahl. Gleichzeitig drückt das Blatt eine Londoner Meldung ab, wonach das Foreign Office keine Kenntnis von Vermittlungsbemühungen habe. Dasselbe können, so bemerkt WTB, wir uninteressiert für Berlin bestätigen. Weder ist in Berlin etwas über eine neutrale Vermittlung bekannt, noch haben die Anschauungen der Reichsregierung einen irgendwie gearteten Wandel erfahren, noch liegt Anlaß vor, sich mit Kombinationen über einen Kabinettwechsel zu befassen.

## Poincarés

### Erklärungen in der Senatskommission.

Ueber die Erklärungen Poincarés in der Sonnabend-Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten wird in Paris folgende amtliche Mitteilung ausgeben:

Unter dem Vorsitz von Senator de Selvoles hörte die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten entsprechend ihrem Wunsch den Ministerpräsidenten. Der größte Teil seiner Ausführungen widmete Poincaré dem Verlauf und den Ergebnissen der Ruhraktion. In der Orientfrage beschränkte er sich auf die Ankündigung eines bald erscheinenden zweiten Gebüches über die Konferenz in Lausanne, das bis 4. Februar einschließlich gehen wird. Es ist noch unmöglich zu sagen, welche Verhältnisse über den Friedensvertrag die Nationalversammlung in Angora setzen wird. In der Memelfrage, deren augenblickliche große Bedeutung bekannt ist, wird der Ministerpräsident die Kommission auf dem Laufenden halten. Ein weiteres Gebüche ist fertig und wäre schon veröffentlicht, wenn nicht durch eine Verhandlung unter den Ministern der 28. Februar für ein gleichzeitiges Erscheinen der Protokolle der letzten Konferenzen in Paris, London und Rom angesetzt worden wäre. Dieses Gebüche wird sämtliche Protokolle in vollem Umfang enthalten und die Möglichkeit geben, Stunde für Stunde die oft lebhaften aber stets in höchstem Maße geführten Debatten zu verfolgen, die sich bei den Zusammenkünften in London und Paris abwickelten. Poincaré hat dann Mitteilungen über die Organisation der Eisenbahnen, der Post, der Ausnahmeverordnungen usw. in den besetzten Gebieten gemacht. Er teilte die Ergebnisse der ersten Maßnahmen mit, namentlich des Ausnahmeverbotes für Kohle, Roheisen, metallurgische Erzeugnisse und Fertigwaren. Nach den dreitägigen Ausführungen dankte der Vorsitzende de Selvoles lebhaft dem Ministerpräsidenten für die Fülle und Bestimmtheit seiner Mitteilungen.

### Die französisch-belgischen Vorschläge.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Cenore“ will von einer hochstehenden Persönlichkeit erfahren haben, die französisch-belgischen Vorschläge würden in ihren Hauptzügen erst bekanntgegeben werden, wenn die deutsche Regierung selbst Vorschläge mache. Eine Vermittlung werde man nicht annehmen. Der französisch-belgische Vorschlag enthalte folgende Hauptpunkte: Zunächst werde von Deutschland verlangt werden, daß es Ordnung in seine Finanzen bringe und die Kontrolle des Garantiefinanzwesens oder einer anderen internationalen Organisation annehme. Das Belgische Vorkriterium beweise, was sich in dieser Richtung tun lasse. Sei das gelungen, so werde man Deutschland ein Moratorium für Verzinsungen gewähren und sich dann mit einer allmählichen Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet einverstanden erklären und zwar in dem Maße, in dem Deutschland die Sachlieferungen ausführe. Das sei der Plan, den Poincaré bereits angedeutet habe. Einen anderen Plan gebe es nicht. Man lege den Betrag in Sachlieferungen, von denen die Zurückziehung aus dem Ruhrgebiet abhängig, deshalb nicht schon jetzt genau fest, weil Deutschland derartige Versicherungen als Schwäche auslegen würde. Man sei jetzt entschlossen, nicht nachzugeben. Es sei Deutschlands Sache, die ersten Schritte zu tun.

Anmerkung des WTB. Mit diesen Brüsseler Informationen kündigt „Cenore“ nicht ein Verhandlungs-, sondern ein Diktatprogramm an. Dies Diktat soll außer der Beilegung der finanziellen Souveränität das Verbleiben fremder Truppen im Ruhrgebiet auf unabsehbare Zeit festlegen. Daß Deutschland gutwillig einer derartigen Vergewaltigung zustimmen würde, wird man weder in Brüssel noch in Paris glauben.

### Frankreich und Sowjetrußland.

„Matin“ faßt in einem Artikel den Stand der Debatte über die Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen zusammen und sagt, für den Augenblick habe die französische Regierung nicht die Absicht, eine Initiative zu ergreifen. Sie wolle vorher die dunklen Verhandlungen der Sowjets mit der Türkei, Deutschland und Litauen aufklären. Auf alle Fälle könne es sich nur um ein allmählich fortschreitendes Experiment handeln, das in keiner Weise mit der Anerkennung der Sowjets gleichbedeutend wäre. Auf eine Politik aber müsse man gleichmütig verzichten, diejenige der halben Maßnahmen, die darin bestünde, daß man, wie in Lausanne, eine beschränkte Teilnahme der Sowjets an der internationalen Politik zulasse und sie so selbst zum Intrigieren veranlasse. Die französische Regierung begünstige nach wie vor die Privatinitiative. Sie würde es sogar ausgeprochen finden, wenn die Industrie und Kaufleute, die gern das Geschäft mit Rußland wieder auf-